

Planungs- und Baudirektor *Marc-Roland Peter* bestreitet nach wie vor nicht, dass die KA-WE-DE-Kostenüberschreitung äusserst unerfreulich ist. Die Planungs- und Baudirektion betreut jährlich über 160 Bauvorhaben, die die Kostengrenze von 100 000 Franken überschreiten. Bereits im Juni 1986 hat der Gemeinderat dem Stadtrat mitgeteilt, dass der Planungs- und Baudirektor 3 Problembaustellen übernommen habe: Muri-feld-Kanäle, KA-WE-DE und Gymnasium Kirchenfeld. Es ist aber nicht fair, immer wieder diese Planungen als Vorwand für Vorwürfe zu nehmen. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die Schwierigkeiten bei den jeweiligen Projekten nicht vergleichbar sind: Betonkrebs, geologische Probleme, statische Unwahrheiten. Um ein solches Aufgabengebiet abzudecken, ist eine Stelle sicher nicht genügend. Vielmehr braucht es einen Spezialistenstab, der je nach Problemstellung seine Leute einsetzen kann. Genau dies wurde getan: beigezogen wurde bei den erwähnten 3 Problemfällen das luzernische «Büro für Bauökonomie». Dass nun aber bei jedem Projekt ein solches Büro eingesetzt werden soll, ist doch etwas überrissen. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass auch Projekte mit Minderkosten verwirklicht wurden.

*Kurt Mäusli* (SP) stellt klar, dass er nicht verlangt hat, dass in jedem Fall eine Kontrollstelle beigezogen werden soll, sondern nur bei speziellen und grösseren Bauvorhaben. Auch war nicht eine Ein-Mann-Stelle angesprochen; vielmehr sollten die personellen Konsequenzen aufgezeigt werden. Wir wissen ja, dass gewisse Garantearbeiten bedingt durch die Überlastung von Beamten verpasst wurden. Der Sprecher erklärt sich aber von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

– Die Traktanden Nrn. 13 und 14 werden gemeinsam behandelt. –

**13      Interpellation Andreas Hofmann (SP): Illegaler Parkplatz auf  
der als Grünfläche eingezonten hinteren Allmend**

Antrag Nr. 202

Beim zur Diskussion stehenden Gebiet handelt es sich um den baumbestandenen Teil der hinteren Allmend, zwischen Ausstellungs- bzw. Eishalle und den Sportplätzen. Westlich dieses Gebiets dehnt sich ein asphaltierter Parkplatz bis zur Papiermühlestrasse aus, südöstlich befindet sich die Autobahn.

448

Stadtarchiv Bern, SAB\_SR\_5\_36 (Band 1-1)

Gemäss Hallwag-Stadtplan (ab Ausgabe 1982) befindet sich auf der erwähnten Fläche ein öffentlicher Parkplatz für Autos. Während bei der Autobahnbrücke von der kleinen Allmend her ein allgemeines Fahrverbot («Militär gestattet») steht, ist dieser «Parkplatz» von der Papiermühlestrasse frei zugänglich. Bei Ausstellungen und Sportveranstaltungen auf der Allmend wird der «Parkplatz» vor allem wegen der kürzeren Fussdistanzen den anderen (reichlich vorhandenen) Parkiermöglichkeiten vorgezogen.

Der Gemeinderat wird eingeladen, dazu die folgenden Fragen zu beantworten:

- Sind Sie bereit, Grünflächen so konsequent vor Autoparkierung zu schützen, wie Ihr kürzlicher Kampf für eine Freifläche a (Schutz vor Holzhütten) vermuten lässt?
- Wenn ja, welche Massnahmen wollen Sie treffen, um im erwähnten Gebiet den rechtmässigen Zustand wieder herzustellen?
- Sind Sie nicht auch der Meinung, die schon eingetretenen Schäden an Bäumen und Gras müssten, im Rahmen einer Neugestaltung, rückgängig gemacht werden?

Bern, 4. Februar 1988

#### **Antwort des Gemeinderates**

Das zur Diskussion stehende Gebiet, der baumbestandene Teil der hinteren Allmend, liegt gemäss Nutzungszonenplan der Stadt Bern vom 8. Juni 1975 – wie übrigens die ganze hintere Allmend – in der Grünfläche. Hier dürfen Bauten nur errichtet werden, wenn sie der Bewirtschaftung (der Grünflächen) dienen. Art. 3, Abs. 1, der Vorschriften zum Nutzungszonenplan bestimmt indessen: «Bei Erlass dieses Nutzungszonenplans bestehende zonenfremde Nutzungen sind im bisherigen Umfang erlaubt.» Dies gilt auch für die Parkflächen entlang der Papiermühlestrasse und nördlich des Ausstellungsgeländes. Dennoch ist der Gemeinderat der Meinung, in dem vom Interpellanten erwähnten Gebiet mit Baumbestand sollten zonenfremde Nutzungen nach Möglichkeit beseitigt werden.

Gespräche zwischen Vertretern der Stadtverwaltung und der BEA-Direktion haben zur Erkenntnis geführt, dass gewisse Teile der hinteren Allmend bezüglich Gestaltung, Nutzung und allenfalls Sanierung überprüft werden müssen. Insbesondere geht es darum, den Bereich Hispo-Platz, den Rasen-/Asphaltplatz entlang der Papiermühlestrasse, die Wegführung in diesen

Gebieten und den Baumschutz in ein Gesamtkonzept aufzunehmen. Dabei soll eine Lösung angestrebt werden, die das Parkieren einschränkt, d.h. nur noch während Ausstellungen gestattet.

Zu den einzelnen Fragen antwortet der Gemeinderat wie folgt:

*Frage 1:* Der Gemeinderat setzt sich überall dafür ein, dass der Nutzungszoneplan eingehalten wird. Allerdings muss er sich dabei an die gesetzlichen Vorschriften halten. Im Fall der Allmend ist er durch die Zonenplanbestimmung über «bestehende zonenfremde Nutzungen» und durch Verträge mit der BEA-Ausstellergenossenschaft gebunden.

*Frage 2:* Die Stadtgärtnerei wird aufgrund der Gespräche mit der BEA-Direktion und mit dem Sportamt ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept für die hintere Allmend erarbeiten. Anschliessend werden die erforderlichen Projektierungs- und Ausführungskredite zu bewilligen sein.

*Frage 3:* Im Konzept der Stadtgärtnerei werden auch Massnahmen zur Sanierung der Bäume und der Bodenoberfläche enthalten sein.

**14      Interpellation Andreas Hofmann (SP): Auswirkungen des  
Messeplatzes auf die Allmend als Naherholungsgebiet und auf  
die Lebensqualität der Bevölkerung des Nordquartiers**

Antrag Nr. 229

Seit den 50er Jahren musste sich die Allmend eine ganze Reihe von empfindlichen Eingriffen gefallen lassen (Autobahn, Eishalle usw.). Der Bau der Ausstellungshalle nach 1981 stellt (vorläufig?) das letzte Glied dieser fatalen Kette dar. Als grossen Nachteil erachtet der Interpellant insbesondere die Abriegelung der grossen Allmend vom grünen Springgarten was beide Erholungsgebiete zugleich entwertet.

In der Botschaft zur Volksabstimmung vom 27. September 1981 über das Unterbaurecht für die neue Ausstellungshalle wurde das folgende beschauliche Bild von der Entwicklung des Ausstellungswesens auf der Allmend gezeichnet:

- Die BEA-Besucherzahl von rund 300000 werde durch den Bau der Halle nicht erhöht.
- Ausser den Publikumsmessen BEA, MOWO und WIR sei der Caravan-Salon die einzige Messe (als «nicht reine Fachmesse»), die eine Besucherzahl von über 20000 aufweise.
- Für zusätzliche Publikumsmessen werde in Bern «kaum etwas drinliegen».

450

Stadtarchiv Bern, SAB\_SR\_5\_36 (Band 1-1)

- Es bestehe keine Absicht, Bern zu einem «grossen» Ausstellungs- und Messeplatz werden zu lassen. Der Bau der Ausstellungshalle werde einzig und allein vom Willen getragen, in der Konkurrenz mit anderen Fachmesseplätzen nicht in hintere Ränge verdrängt zu werden. Es sollen also bloss «vermehrt Fachmessen zur Austragung gelangen».
- Durch den Bau der Halle werde das Verkehrsaufkommen nicht erhöht.
- Für die Umgebung der Ausstellungshalle ist von «umfangreichen Neupflanzungen» und von «Neugestaltung» die Rede.

Weiter wurde, kurz vor der Abstimmung über das Unterbaurecht, mit grossem Pomp ein «Verkehrskonzept Allmend/Wankdorf» vorgestellt, mit dem folgenden Anspruch: «Die Verkehrsverhältnisse im Quartier Bern-Nord sollen sowohl beim fliessenden als auch insbesondere beim ruhenden Verkehr gegenüber heute (1981!) verbessert werden.» Auf einem in der Presse veröffentlichten Plan war vermerkt: Nordquartier (Verkehrsberuhigung). In der Bevölkerung des Nordquartiers war damals die Ansicht verbreitet, das Quartier erhalte «seine» Verkehrsberuhigung quasi als «Gegenleistung» für die Zustimmung zur Ausstellungshalle. Trotz dieser Propagandawalze hat das Nordquartier bei der Abstimmung vom 27. September 1981 «nein» gesagt, was allerdings eine knappe gesamtstädtische Zustimmung nicht verhindern konnte.

Nun haben sich die Versprechungen des damaligen Gemeinderats Hans Hubacher (Planungsphase für Verkehrsberuhigung dürfte bis 1985 abgeschlossen sein) unterdessen leider in Luft aufgelöst, und die Entwicklung des Messewesens auf der Allmend weicht derart krass von den damaligen behördlichen Einschätzungen ab, dass sich die folgenden Fragen an den Gemeinderat aufdrängen:

- Ist der heutige Gemeinderat nicht auch der Auffassung, die Gegner der Ausstellungshalle hätten 1981 die Zukunft besser skizziert als der damalige Gemeinderat?
- Welche maximalen BEA-Besucherzahlen kann die Allmend und das Nordquartier Ihrer Ansicht nach verkraften?
- Die während der BEA benutzte Fläche wächst: 1987 wurde beispielsweise eine deutlich grössere Fläche eingezäunt als 1986. Sind Sie sich bewusst, dass hier Grenzen gesetzt werden müssen?
- Gemeinderat Hubacher hat 1981 erklärt, neue Publikums-messen bedürften einer vertraglichen Vereinbarung mit der Polizeidirektion und der Liegenschaftsverwaltung. Besteht eine solche Vereinbarung in bezug auf die Ferienmesse, die 1988 erstmals in eindeutigster Weise als Publikums-messe abgehalten wurde?

- Es gibt immer mehr Messen, die sich in der Grauzone zwischen Fach- und Publikumsmesse bewegen. Sind Sie bereit, hier eine Abgrenzung vorzunehmen?
- Halten Sie an der Darstellung fest, die Ausstellungshalle erzeuge keinen Mehrverkehr?
- Wie steht es mit der 1981 auf der vorderen Allmend in Aussicht gestellten «Neugestaltung» und mit den «umfangreichen Neupflanzungen»? Zwischen Ausstellungshalle und Festhalle ist vorderhand bloss eine Asphaltwüste auszumachen. Könnte diese Lücke nicht als «grüne Brücke» zwischen Allmend und Springgarten gestaltet werden, um einen durchgehenden Grünzug vom Schermenwald bis (fast) zum Rosengarten wenigstens ansatzweise wiederherzustellen?
- 1975 wurde die hintere Allmend im Nutzungszonenplan als Grünfläche eingeteilt. In Wirklichkeit sind grosse Teile dieser «Grünfläche» grau: der grosse Parkplatz hinter der Festhalle (Asphalt) und der Parkplatz entlang der Papiermühlestrasse (Asphalt und Gittersteine). Halten Sie es für richtig, dass die Stadt als Besitzerin dieses Areals Grünflächen während Jahrzehnten in versiegeltem Zustand belässt? Wird nicht auch die geplante Parkplatzbeleuchtungsanlage dazu beitragen, einen als provisorisch gedachten Zustand zu verewigen?
- Bevor die Folgen des bisherigen Wachstums des Messewesens auch nur ansatzweise bewältigt sind, erscheinen in der Presse laufend Forderungen der BEA-Leitung nach baulichen Erweiterungen. Sogar ein Eingriff in die Grünfläche der hinteren Allmend wird in Aussicht gestellt. Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer solchen Haltung, die im Nordquartier als Zumutung empfunden wird?
- Wo sind die von Gemeinderat Hubacher versprochenen Pläne für eine Verkehrsberuhigung im Nordquartier? Wenn sie existieren: Weshalb bleiben sie unter Verschluss?
- Glauben Sie immer noch daran, dass, gemäss Verkehrskonzept Allmend/Wankdorf (1981), die Parkierungsprobleme mit 2340 Einstellplätzen in drei neuen Einstellhallen zu lösen sind?

Bern, 28. Januar 1988

## **Antwort des Gemeinderats**

### **Allgemeines**

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Messeplatzes Bern für Stadt und Region ist gross. Zahlreiche Branchen mit vielen wertvollen Arbeitsplätzen ziehen aus seinen Impulsen Nutzen. Der Messeplatz bringt der Region jährlich etwa 70000 Übernachtungen. Dazu kommen Ausgaben der Besucher und Aussteller von mehr als einer Viertelmillion Franken.

Messen ermöglichen das persönliche Gespräch zwischen Ausstellern und Besuchern, und das Angebot kann übersichtlich präsentiert werden. Trotz vielfältiger anderer Werbemöglichkeiten sind das immer noch die besten und umfassendsten Gelegenheiten, geschäftliche Erfolge zu erzielen. Im Interesse einer intakten bernischen Volkswirtschaft müssen diese Chancen auch künftig in angemessener Weise wahrgenommen werden können. Dazu sind – wie der harte Konkurrenzkampf zwischen den schweizerischen Messeplätzen zeigt – auch für den Messeplatz Bern Entwicklungsmöglichkeiten nötig. Er muss sich den stets wechselnden Bedingungen des Messewesens anpassen, wenn er nicht sehr rasch zur Bedeutungslosigkeit absinken will.

Messe wird allzu oft einfach mit Lärm und zusätzlicher Umweltbelastung gleichgesetzt. Dabei wird gerne vergessen, dass in unserer Volkswirtschaft jede Tätigkeit mit einer gewissen Umweltbelastung verbunden ist. Es geht darum, dieser Belastung vernünftige Grenzen zu setzen. Was den Messeplatz Bern betrifft, sind sich Messeleitung und Behörde einig, dass bei allen Ausbauschritten Qualität vor Quantität gesetzt werden muss.

Der Gemeinderat weiss, dass im Gebiet Allmend und Umgebung planerische Probleme bestehen, die der Lösung bedürfen. Im wesentlichen geht es darum, die sich konkurrenzierenden Nutzungsansprüche Wohnen, Messeplatz, Erholung und Sport aufeinander abzustimmen. Der Gemeinderat erinnert daran, dass er gemäss den Vorschriften zum Bauklassenplan ein Stadtentwicklungskonzept und Quartierrichtpläne erstellen wird. Im Rahmen dieser Arbeit ist auch der hier besprochene Bereich zu behandeln.

### **Zu den einzelnen Fragen**

*Frage:* «Ist der heutige Gemeinderat nicht auch der Auffassung, die Gegner der Ausstellungshalle hätten 1981 die Zukunft besser skizziert als der damalige Gemeinderat?»

Nein. Die Begründung ergibt sich aus den Antworten auf die kommenden Fragen.

*Frage:* «Welche maximalen BEA-Besucherzahlen kann die Allmend und das Nordquartier Ihrer Ansicht nach verkraften?»

Die Frage lässt sich in dieser Form nicht beantworten. Von entscheidender Bedeutung ist, mit welchem Verkehrsmittel die Besucher zur Ausstellung gelangen. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang wohl, wie viele Besucherfahrzeuge verkraftbar sind.

An der BEA 1984 und 1985 wurden jeweils etwa 80 000 Personenwagen während der ganzen Ausstellungsdauer von 11 Tagen gezählt. 1987 war die Zahl aber um etwa 25%, 1988 sogar um über 30% geringer. Der Anteil der Besucher, die mit der Bahn zur BEA fuhren, war 1988 um 19% höher als im Vorjahr. Beides darf als Erfolg grosser Anstrengungen gebucht werden.

*Frage:* «Die während der BEA benutzte Fläche wächst: 1987 wurde beispielsweise eine deutlich grössere Fläche eingezäunt als 1986. Sind Sie sich bewusst, dass hier Grenzen gesetzt werden müssen?»

Seit dem Konzept 1974, auf das später noch hingewiesen wird, ist das von der BEA beanspruchte Areal nicht vergrössert worden. Die einzige Ausnahme bildete 1987 die Sonderschau zum Tierparkjubiläum. Für die Realisierung des Bio-Parcours (Lehrgang über Natur und Tierwelt) wurde eine zusätzliche Grünfläche von 500 m<sup>2</sup> beansprucht. Die Rasenfläche wurde nach der BEA auf deren Kosten wieder instandgestellt. Eine Erweiterung des BEA-Areals ist auch für die Zukunft nicht geplant.

*Frage:* «Gemeinderat Hubacher hat 1981 erklärt, neue Publikums messen bedürften einer vertraglichen Vereinbarung mit der Polizeidirektion und der Liegenschaftsverwaltung. Besteht eine solche Vereinbarung in bezug auf die Ferienmesse, die 1988 erstmals in eindeutigster Weise als Publikumsmesse abgehalten wurde?»

Einer vertraglichen Vereinbarung bedarf es, wenn vom Polizeiinspektorat (vordere Allmend) oder von der Liegenschaftsverwaltung (übrige Allmend) verwaltetes Gelände für die Ausstellung benötigt wird. Das war bei der Ferienmesse, die sich auf die neue Ausstellungshalle beschränkte, nicht der Fall.

*Frage:* «Es gibt immer mehr Messen, die sich in der Grauzone zwischen Fach- und Publikumsmesse bewegen. Sind Sie bereit, hier eine Abgrenzung vorzunehmen?»

Über die Definition der Begriffe Publikumsmesse, Fachmesse mit Publikum, publikumsnahe Fachmesse und Publikumsmesse mit Fachcharakter wird seit längerem in nationalen und internationalen Fachkreisen diskutiert. Zu einer klaren und eindeutigen Abgrenzung ist man bis heute nicht gelangt. Im konkreten Fall spielt diese Abgrenzung nach Auffassung des Gemeinderates keine Rolle. Wesentlich ist in unserem Zusammenhang



doch wohl in erster Linie, ob sich die Messe nachteilig auf benachbarte Wohngebiete auswirkt.

*Frage:* «Halten Sie an der Darstellung fest, die Ausstellungshalle erzeuge keinen Mehrverkehr?»

Ja. Die neue Ausstellungshalle weist 120 Parkplätze auf. In der Regel dienen sie als Dauerparkplätze für Aussteller. Es werden also Fahrzeuge hier abgestellt, die ohnehin im Ausstellungsbereich hätten parkiert werden müssen. Dazu kommt, dass die dreigeschossige neue Ausstellungshalle in der Regel die früher oftmals erforderlichen, wesentlich mehr Platz beanspruchenden Provisorien im Bereich der Parkplätze auf der vorderen Allmend unnötig macht. Diese Parkplätze stehen also für die meisten Messen dem Besucher zur Verfügung, ein Ausweichen in Wohnquartiere wird unnötig.

*Frage:* «Wie steht es mit der 1981 auf der vorderen Allmend in Aussicht gestellten «Neugestaltung» und mit den «umfangreichen Neupflanzungen»? Zwischen Ausstellungshalle und Festhalle ist vorderhand bloss eine Asphaltwüste auszumachen. Könnte diese Lücke nicht als «grüne Brücke» zwischen Allmend und Springgarten gestaltet werden, um einen durchgehenden Grünzug vom Schermenwald bis (fast) zum Rosengarten wenigstens ansatzweise wiederherzustellen?»

Im Rahmen der Umgebungsgestaltung der neuen Ausstellungshalle wurden 32 Bäume und mehrere hundert neue Sträucher gepflanzt (also nicht nur 19 Bäume respektive Sträucher, wie es in der Botschaft zur Volksabstimmung vom 27. September 1981 in Aussicht gestellt worden war). Der Allmendweiher blieb im Sinne dieser Vorlage erhalten und wurde in die Neugestaltung einbezogen. Eine Neugestaltung der Parkplatzfläche war nie Gegenstand des Baugesuches Ausstellungshalle.

*Frage:* «1975 wurde die hintere Allmend im Nutzungszonenplan als Grünfläche eingeteilt. In Wirklichkeit sind grosse Teile dieser «Grünfläche» grau: der grosse Parkplatz hinter der Festhalle (Asphalt) und der Parkplatz entlang der Papiermühlestrasse (Asphalt und Gittersteine). Halten Sie es für richtig, dass die Stadt als Besitzerin dieses Areals Grünflächen während Jahrzehnten in versiegeltem Zustand belässt? Wird nicht auch die geplante Parkplatzbeleuchtungsanlage dazu beitragen, einen als provisorisch gedachten Zustand zu verewigen?»

Die hintere Allmend diente der Öffentlichkeit seit jeher für Erholung, Spiel- und Sportbedürfnisse. Gleichzeitig wurden Teile davon auch für öffentliche Veranstaltungen aller Art und für das Parkieren bei Sportanlässen verwendet.

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Allmend wegen des Autobahnbaues erarbeitete die Stadtgärtnerei 1974 ein Nutzungskonzept, auf



das oben bereits hingewiesen worden ist. Ihm entspricht die gegenwärtige Ausgestaltung. Sie deckt sich nicht mehr in jeder Hinsicht mit unseren heutigen Vorstellungen. Gewisse Anlageteile müssen betreffend Gestaltung, Nutzung und Sanierung neu überdacht werden. Der Gemeinderat wird sich demnächst mit einem entsprechenden Projektierungskredit zu befassen haben.

Die provisorische Beleuchtungsanlage wird nur auf der vorderen Allmend aufgestellt und wird das Unfallrisiko namentlich für Fussgänger verringern.

*Frage:* «Bevor die Folgen des bisherigen Wachstums des Messewesens auch nur ansatzweise bewältigt sind, erscheinen in der Presse laufend Forderungen der BEA-Leitung nach baulichen Erweiterungen. Sogar ein Eingriff in die Grünfläche der hinteren Allmend wird in Aussicht gestellt. Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer solchen Haltung, die im Nordquartier als Zumutung empfunden wird?»

Im Interpellationstext wird nicht ausgeführt, was unter bisherigem Wachstum und unter nicht bewältigten Folgen verstanden wird.

Der Gemeinderat weist darauf hin,

- dass das BEA-Areal seit 1974 keine Vergrösserung erfahren hat,
- dass andere grosse Veranstaltungen und die parkierenden Pendler dem Messeplatz nicht angelastet werden können
- dass sich die Polizei mit grossem Einsatz bemüht, die Auswirkungen der BEA auf die Wohngebiete minimal zu halten
- dass andere Messeveranstaltungen die Wohngebiete nicht beeinträchtigen.

Dem Gemeinderat ist nicht bekannt, dass im Zusammenhang mit der Verbesserung der Infrastruktur des Messeplatzes Bern Eingriffe in die Grünfläche der hinteren Allmend gefordert worden wären. Alle heute bestehenden Projektstudien für Verbesserungen oder Erweiterungen beziehen sich auf bestehende Gebäude. Man ist sich in Fachkreisen einig, dass heute nicht mehr plan- und masslos Hallenkapazitäten geschaffen werden können. Der schweizerische Messemarkt setzt einem solchen Wachstum zum vornherein Grenzen. Erweiterungen und Verbesserungen an bestehenden Gebäuden, die einer Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes dienen, bleiben aber unabdingbar.

*Frage:* «Wo sind die vom Gemeinderat Hubacher versprochenen Pläne für eine Verkehrsberuhigung im Nordquartier? Wenn sie existieren: Weshalb bleiben sie unter Verschluss?»

Mit der 1981 gegründeten Arbeitsgruppe Verkehr Nordquartier haben die städtischen Behörden gut zusammengearbeitet. Wenn man auch nicht immer zu einer Einigung gelangte, so konnten doch verschiedene zweck-

mässige Verkehrsberuhigungsmassnahmen verabschiedet werden. Der Gemeinderat bedauert die Spaltung dieser Arbeitsgruppe. Seither existiert kein repräsentativer Gesprächspartner mehr, was die Arbeit der Behörden erschwert.

Dennoch ist zügig weitergearbeitet worden, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Ausgeführt sind bereits die Verkehrsberuhigungsmassnahmen in der Flurstrasse und Wylerfeldstrasse, die Quartierumfahrung über Viktoriastrasse/Papiermühlestrasse durch Linksabbiegespuren beim Rosengarten und die Verbesserungen an der Rodtmattstrasse. Die Realisierung der Massnahmen in der Wankdorffeldstrasse steht unmittelbar bevor. Für die 1. Etappe der Verkehrsberuhigung Spitalacker hat der Gemeinderat einen Realisierungskredit, für die 2. und 3. Etappe einen Projektierungskredit gesprochen. Ein Projektierungskredit für die Umgestaltung des Breitenrainplatzes wird dem Stadtrat in Kürze vorgelegt. Verschiedene weitere Vorhaben sind in Bearbeitung. Es kann keine Rede davon sein, dass die Pläne unter Verschluss gehalten werden.

Im übrigen muss auf die Tatsache hingewiesen werden, dass Einsprachen gegen Verkehrsberuhigungsmassnahmen zur Regel gehören, was ihre Einführung jeweils stark verzögert.

*Frage:* «Glauben Sie immer noch daran, dass, gemäss Verkehrskonzept Allmend/Wankdorf (1981), die Parkierungsprobleme mit 2340 Einstellplätzen in drei neuen Einstellhallen zu lösen sind?»

Nach der Ablehnung des ZLS stehen noch etwa 1750 Einstellplätze zur Diskussion. Das entspricht etwa 10 Kilometern Fahrbahnrandparkierung. Dass dies die Strassen im Nordquartier spürbar entlasten würde, ist offensichtlich. Polizeiliche Massnahmen bei Grossveranstaltungen blieben allerdings nach wie vor notwendig.

– Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. –

*Andreas Hofmann (SP):* Die Allmend ist für die ganze Stadt wichtig und wurde in den letzten 10 Jahren sträflich vernachlässigt. Die Antworten des Gemeinderats auf die beiden Interpellationen sind ungenügend und lassen sich beinahe samt und sonders widerlegen. Ein kurzer historischer Rückblick: 1927 betrug die Allmendfläche 179 000 m<sup>2</sup> und für den Bau der Autobahn wurden 118 000 m<sup>2</sup> geopfert. Zitat aus dem Bericht des Stadtplanungsamts von 1974: «All diese Zahlen weisen auf die unbedingte Notwendigkeit zur Erhaltung der Restallmend als öffentliche Grünfläche ohne Zweckentfremdung hin.» Seit 1975 ist die hintere Allmend als Grünfläche eingezont. Heute muss aber festgestellt werden, dass ein

---

grosser Teil der hinteren Allmend statt grün grau ist: am schlimmsten sind der riesige Parkplatz hinter der Festhalle sowie die 550 Gitterstein-Parkplätze entlang der Papiermühlestrasse. Wichtig ist auch, dass die Stadt als Eigentümerin voll verantwortlich für dieses Gelände ist. Ein weiteres Zitat aus dem Allmend-Bericht 1974: «Die bisherige Art und Weise der Allmend-Nutzung muss als verantwortungslos bezeichnet werden.» Das Schwarzbuch Nordquartier weist nach, dass die Politik des Gemeinderats nicht dem Schutz der Allmend dient, sondern vielmehr wirtschaftlichen Interessen. Es war beispielsweise sehr schwierig, dass das «Komitee für eine autofreie Allmend» die Schaffung von 3500 Allwetterparkplätzen auf der Kleinen Allmend zugunsten der BEA und anderen Grossanlässen doch noch verhindern konnte. Gestern war in der Zeitung zu lesen, dass ein Sport-, Gewerbe- und Verwaltungszentrum im Wankdorf erstellt werden soll, die Eishockey- und Fussball-WM, Sporthalle im Turnerstadion: all dies weist auf ein quantitatives Wachstum hin. Auch durch das kürzliche Baugesuch für die Aufstockung der Ausstellungshalle soll offenbar die in der Volksabstimmung von 1980 abgelehnte Erweiterung doch noch realisiert werden. Bedenklich ist auch die Motion Stauffer, die eine Verdoppelung der 550 Parkplätze an der Papiermühlestrasse (auf einer Grünfläche) verlangt.

Zu Traktandum 13: Der vom Sprecher reklamierte BEA-Vertrag wurde ihm inzwischen zugestellt. Bei dieser Interpellation handelt es sich um das Gebiet hinter der Ausstellungshalle/Eishalle. Die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Einschränkung der Parkfläche ist zwar begrüssenswert, allerdings auch ungenügend. Wenn «während Ausstellungen gleichwohl parkiert werden kann», heisst das beispielsweise für 1989, dass an 84 Tagen keine Beschränkung erfolgt. Auch ist der Bedarf nach Parkierungsmöglichkeiten in diesem Gebiet nicht unbestritten: An der MOWO war zeitweise die Hälfte der Gittersteinparkplätze an der Papiermühlestrasse unbesetzt und dafür waren etwa 100 Autos direkt hinter der Ausstellungshalle parkiert. Der einzige akzeptable Bedarf ist die Einzonung des Gebietes während der BEA als zusätzliches Ausstellungs-gelände. Zur Antwort auf Frage 1: Nach Art. 3 Abs. 1 der Vorschriften zum Nutzungszonenplan sind zweckfremde Nutzungen in bisherigem Umfang erlaubt. Daraus leitet der Gemeinderat dann gleich einen gesetzlichen Zwang ab. Im Vortrag wird auch der Mietvertrag mit der BEA-Genossenschaft erwähnt: gemäss juristischen Auskünften hat dieser Vertrag auf die Nutzung überhaupt keinen Einfluss. Demnach wird einfach auf einen Vertrag verwiesen, der mit der zur Diskussion stehenden Frage gar nichts zu tun hat. Zudem läuft die Vertragsdauer jährlich ab; einer Aufhebung

oder Abänderung steht somit nichts im Wege. Über die Parkiermöglichkeiten sagt der Vertrag nicht viel aus, lediglich dass die «Parkierbewilligung in der hinteren Allmend ausdrücklich vorbehalten wird». Ein unbeschränktes Recht kann daraus nicht abgelesen werden. Zudem wird der Vertrag laufend gebrochen: Eigentlich darf erst 4 Wochen vor Ausstellungsbeginn mit dem Aufbau begonnen werden, dieses Jahr standen 7 Wochen vor BEA-Beginn bereits einige Hallen. Ein Zitat aus dem Allmend-Bericht: «Die Allmend ist eine Grünfläche, ohne Einschränkung der allgemeinen Nutzung dienend, auf der weder Einzel- noch Gruppeninteressen oder Wirtschaftsinteressen etwas zu suchen haben.» Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Wie bereits erwähnt, heisst es im Art. 3 der Vorschriften zum NZP, dass «zonenfremde Nutzungen im bisherigen Umfang erlaubt sind». Dieser bisherige Umfang ist längstens überschritten. Von einer Besitzstandsgarantie kann nicht die Rede sein. Das Quartierforum Bern-Nord überlegt zurzeit, ob eine Beschwerde eingereicht werden soll. Zur Antwort auf Frage 2: Gemäss Investitionsbudget eilt es dem Gemeinderat mit der Umgestaltung der Kleinen Allmend nicht. Je länger aber der rechtswidrige Zustand dauert, um so grösser ist die Gefahr, dass er zum neuen Rechtszustand wird.

Zu Traktandum 14: Der Gemeinderat sollte sein zitiertes Prinzip «Qualität vor Quantität» den Wirtschaftsinteressen vorziehen. Zur Antwort auf Frage 1: Die idyllische Schilderung der Abstimmungsbotschaft von 1980 trifft bei weitem nicht zu – verwiesen sei hier nur auf die immense Zunahme der Zuschauerzahlen. Zu Frage 2: Mit Aufrufen und polizeilichen Massnahmen konnten immerhin 2000 Autofahrer dazu bewogen werden, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur BEA zu fahren. Diese 2000 eingesparten Parkplätze haben das Ausmass von vier Guisanplatz-Einstellhallen, was wesentlich billiger ist, als wenn man die Hallen (Kostenpunkt: 16 bis 20 Millionen Franken) bauen würde. Zu Frage 3: Im Vertrag fehlt eine Bestandesaufnahme der Grünfläche, die Wege auf dem Gelände hinter der Ausstellungshalle werden stetig verbreitert. Zu Frage 4: In der Stadtratsdebatte betreffend die neue Ausstellungshalle war vom damaligen Planungs- und Baudirektor Hubacher zu vernehmen, dass «neue Publikums-messen einer Vereinbarung bedürfen». Gegenüber den heutigen Aussagen des Gemeinderats wurde der damalige Stadtrat offenbar falsch orientiert. Zu Frage 5: Die in der Abstimmungsbotschaft aufgeführte «Publikums-messe» scheint dem Gemeinderat heute kein Begriff mehr zu sein. Zu Frage 6: Die Antwort ist völlig unverständlich. Es scheint, dass der Gemeinderat nur den Parkierverkehr kennt und diesen lediglich mit der Zurverfügungstellung von genügend Parkplätzen

«bekämpfen» will. Zu Frage 7: Auf die Frage nach dem Grünzug Rosengarten/Schermenweg geht der Gemeinderat überhaupt nicht ein. 1974 wurden diese zusammenhängenden Grünzüge als einer der wichtigsten Punkte der ganzen Stadtplanung beurteilt. Zu Frage 8: Die Antwort ist von unübertrefflicher Unbestimmtheit. Zu Frage 9: Wenn der Gemeinderat sich mit dem Nordquartier auseinandergesetzt hätte, wüsste er, was mit bisherigem Wachstum und nicht bewältigten Bauten gemeint ist. Die vor Jahren gemachten Versprechungen im Zusammenhang mit der Abstimmung zur Ausstellungshalle sind immer noch nicht eingelöst. Zudem vermerkt der Gemeinderat, dass er nichts von geforderten Eingriffen auf die hintere Allmend wisse: Zitat im BUND vom Januar 1988: Weil im Zusammenhang mit dem P+R-Parkhaus die Tramwendeschleife der Endstation der Linie 9 auf das Areal vor der alten Eishalle verlegt werden soll, wird die BEA Freifläche reservieren, die nur auf der Allmend kompensiert werden kann.» Zu Frage 10: Dort steht, dass keine Rede davon sein kann, dass die Pläne unter Verschluss gehalten werden. Um welche Pläne handelt es sich da? Zu Frage 11: Entgegen früher wird jetzt noch von 1750 Parkplätzen gesprochen – es muss immer wieder gesagt werden, dass mit der Schaffung von Parkplätzen die Probleme nicht gelöst werden können. Umdenken tut not.

*Eduard Sommer (NA):* Gegen die Überflutung des Nordquartiers mit motorisiertem Verkehr müssen Massnahmen ergriffen werden. Allerdings dürfen wir nicht wie Stadtrat Hofmann das Auto einfach verteufeln. Immer mehr BürgerInnen suchen Parkplätze, mit der Aufhebung von solchen Plätzen ist niemandem gedient. Wenn schon, müssen wir Alternativen schaffen: zum Beispiel das Parkhaus Guisanplatz. Es kann nicht die Meinung vorherrschen, dass die Stadt Bern verkehrstechnisch isoliert werden soll. Es müssen Parkplätze am Stadtrand geschaffen werden.

*Guy Emmenegger (FDP)* stellt fest, dass der Gemeinderat sich bemüht hat, die Fragen des Interpellanten objektiv zu beantworten. Die Fragen und auch die Stellungnahme von Andreas Hofmann sind aber überhaupt nicht gradlinig, sondern sehr negativistisch und ablehnend. Der angeprangerte Egoismus kann der Interpellant auch für sich in Anspruch nehmen. Der Mehrverkehr durch die Veranstaltungen im Nordquartier ist ein Problem; die Allmend ist aber vielfältig nutzbar – auch als Messeplatz, der für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt sehr wichtig ist. Die Allmend wird ja nicht nur für Ausstellungen wie die BEA genutzt, sondern bietet der Bevölkerung die unterschiedlichsten Freizeitmöglichkeiten. Es

ist deshalb wichtig, dass auch diese Seite bedacht, und nicht immer nur über die Parkplatzsituation gejammert wird.

*Hans Zwahlen* (NA) kann sich dem Votum seines Vorredners anschliessen. Der Sprecher hat in den 50er im Nordquartier gelebt, seither hat sich die Situation natürlicherweise geändert, das ist doch nur normal. Auch bei der MUBA in Basel wird im St.-Jakobs-Stadion parkiert. Für Bern ist das halt die Allmend. Die Allmend ist ja zum Teil bereits grün; wenn aber die ganze Fläche grün sein soll, sind die verschiedenartigen Nutzungen nicht mehr möglich. Der Sprecher findet, dass Andreas Hofmann eine sehr negative Haltung zeigt und ewig nur fordert, ohne Lösungswege aufzuzeigen.

*Felix Adank* (GP) ärgert, dass sich hier Leute zu Wort melden, die mit der Begründung, sie hätten vor x Jahren im Nordquartier gelebt, behaupten, die Probleme der Bevölkerung dort zu kennen. Die NA propagiert, sie sei eine grüne Partei – davon ist wirklich nicht viel zu erkennen. Es ist bezeichnend, dass der Gemeinderat in seiner Antwort sofort auf den Messeplatz Bern zu sprechen kommt, obwohl der Interpellant vorrangig ganzheitlich auf die Probleme der Allmend hingewiesen hat. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Messeplatz in der Allmend benötigt wird und sämtliche Auswirkungen in Kauf genommen werden müssen. Die Sicht der Gemeinderatsmitglieder wäre bestimmt differenzierter, wenn sie im Nordquartier leben würden. Zur illegalen Parkierung auf der hintern Allmend: Die vom Gemeinderat erwähnten 120 Dauerparkplätze werden zwar um die Hälfte reduziert, die Bewirtschaftung wird aber intensiver. Das eingereichte Aufstockungsprojekt wurde mit Einsprachen bekämpft; bezeichnenderweise hat der Bauinspektor diese Einsprachen direkt dem Regierungsstatthalter mit der Begründung weitergeleitet, die Stadt wäre selbst Partei. Die Stadt ist also quasi Komplizin der BEA und nimmt die Interessen der Bevölkerung nicht oder zu wenig wahr. Zu den Plänen zur Verkehrsberuhigung im Nordquartier: der Gemeinderat äussert zum wiederholten Male, dass es im Nordquartier keine repräsentative Vertretung gebe. Er vergisst dabei das Quartierforum Nordquartier, das bereit wäre, die dringlichsten Probleme anzugehen. Der Gemeinderat behauptet, dass die Parkplätze im bisherigen Umfang erlaubt sind: sie sind nur soweit erlaubt, wenn sie vor dem Erlass des NZP legal waren. Sie waren schon im NZP 55 illegal. Auch hier ein Zitat aus dem Allmend-Bericht: «Diese gesetzlichen Bestimmungen sind Voraussetzung für die Nutzungsplanung auf der Allmend. Entsprechend den Bestimmungen der heute noch rechtsgültigen Bauordnung dürften auf der hintern Allmend

---

überhaupt keine Parkplätze zugelassen werden (Stadtgärtner Liechti).» Also weiss auch der Gemeinderat, dass die Parkplätze illegal sind. Schlussendlich erklärt der Sprecher noch den Begriff «Allmend». Allmenden sind extensiv genutzte Flächen, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Mit der Durchführung von Messen wird in Kauf genommen, dass die Allmend eben nicht extensiv, sondern intensiv genutzt wird.

Auch *Hermann Fuhrer* (FDP) wohnt seit Jahren in dem zur Diskussion stehenden Gebiet. Ein Punkt muss noch berücksichtigt werden: Die bernische Industrie, das Gewerbe und der Handel müssen um ihre Existenz kämpfen, weil sie nicht aus irgendeiner Staatskasse gespiesen werden. Die Stadt Bern benötigt diese Steuerzahler dringend und um sie halten zu können, braucht es u.a. den Messeplatz. Seit 1961 hat sich zudem der Verkehr auf der Laubeggstrasse-Papiermühlestrasse auf einen Drittel reduziert. Man kann sehr wohl im Nordquartier leben. Am ärgerlichsten ist der Vorwurf von Stadtrat Hofmann, mit der Beibehaltung der Parkplätze schaffe man ein Gebrauchsrecht. Andreas Hofmann stört dieser «Duldungszustand» beispielsweise beim Gaswerkareal oder in der Reithalle ja auch nicht. Der Sprecher ermuntert den Gemeinderat, seine Bestrebungen zur Erhaltung des Gewerbes, des Handels und der Industrie weiterzuführen.

*Sigisbert Lutz* (CVP) findet die Darstellung der Stadträte Hofmann und Adank zur Situation bei der Kleinen Allmend einseitig. Es ist etwas vermessen vom Interpellanten, wenn er sich aufführt, wie wenn er die Meinung des ganzen Nordquartiers vertreten würde – zum Messeplatz gibt es nämlich verschiedenste Auffassungen. Die Bestrebungen des Gemeinderats zur Verkehrsberuhigung werden durchaus gewürdigt. Es sind auch noch weitere Massnahmen vorgesehen; wir dürfen aber nicht einfach die BEA für das gesamte Verkehrsaufkommen im Nordquartier verantwortlich machen. Eine realistische Massnahme wird der Bau des Park-and-Ride Guisanplatz sein, dem der Interpellant dann auch zustimmen sollte. Zum Messewesen: Sie werden immer beliebter und dienen als «Ideenauustauschbörsen». Der Messeplatz Bern ist ein sehr geeigneter Standort für verschiedenste Fachmessen, und wir sind uns bewusst, dass er quantitativ nicht wachsen darf. Dies ist auch in der Antwort des Gemeinderats zu lesen. Es geht rein um qualitatives Wachstum, damit nicht aufgrund fehlender Infrastruktur auf Räumlichkeiten in die Innenstadt ausgewichen werden muss, was automatisch zu mehr Verkehr und Lärm führt. Voraussetzung für eine akzeptable Lösung ist, dass alle Betroffenen entsprechende Verkehrsberuhigungsmassnahmen beim Messeplatz unterstützen.



*Peter Gasser* (SP): Es mutet etwas seltsam an, wenn verschiedene Votanten ihre Zugehörigkeit zum Nordquartier dermassen herausstreichen, auch wenn diese schon jahrzehntelang zurückliegt. Die ursprüngliche Bedeutung einer Allmend wird wohl im Rat nicht bestritten. Problematisch scheint die Verquickung einer Allmend mit dem heute geforderten Messeplatz. Es geht doch um die Frage, was wir auf der Allmend wollen und wie wir allfällige Änderungen rechtlich auch realisieren. Zu der heute abend gelobten Parkplatzsituation in Basel: Für Berner Verhältnisse befinden sich die Parkplätze dort ungefähr in einer Distanz Gümli-Gen/Worb. Diese «Nähe» ist mit der hintern Allmend nicht vergleichbar. Zur Ausstellungshalle: Der Gemeinderat widerruft quasi seine Aussage «Fachmessen ja, Publikumsmessen nein»; deshalb ist es absolut verständlich, wenn Stadträte nicht mehr alle Antworten und Beteuerungen des Gemeinderats für bare Münze nehmen.

Planungs- und Baudirektor *Marc-Roland Peter*: Die Antwort des Gemeinderats zu Vortrag Nr. 202 datiert vom 18. Mai 1988 und ist sicher nicht mehr aktuell. Verständlicherweise hat sich der Gemeinderat auf die Beantwortung der aufgeführten Fragen beschränkt; es wurde der Schutz von Grünflächen angesprochen und nicht das Thema Messeplatz aufgegriffen. Zur Frage von Felix Adank betreffend Parkplätze: Der Vertrag von 1974, Punkt 7, dürfte die Antwort dazu liefern. Es wurde auch der Begriff «Allmend» diskutiert: die Nutzung eines Freiraums wird heute anders definiert (beispielsweise Grünflächen, Sportfläche, Begegnungs- und Ausstellungszentrum) als früher.

Polizeidirektor *Marco Albisetti* äussert sich zur zweiten Interpellation: Stadtrat Hofmann hat die seriös ausgearbeitete Antwort des Gemeinderats in einer unklaren und teilweise auch unqualifizierten Form kritisiert. Als Beispiel sei die Frage nach der Ausdehnung der BEA erwähnt, die klar beantwortet wurde. Die von Stadtrat Hofmann angesprochenen Wege haben mit dieser Frage überhaupt nichts zu tun. Der Gemeinderat beurteilt die BEA als wichtigen Faktor für die Stadt und ist bemüht, negative Auswirkungen auf das Quartier zu verhindern.

*Hans Zwahlen* (NA) antwortet Felix Adank, dass die Nationale Aktion seit 25 Jahren eine grüne, aber nicht rote Partei ist.

*Andreas Hofmann* (SP): Die heutige Diskussion hat gezeigt, dass offenbar ein Tabu verletzt wurde. Niemand sollte es wagen, auch nur im entferntesten einen Wirtschaftszweig anzugreifen. Dabei richtet sich die

Interpellation nicht gegen die BEA, sondern für ein Naherholungsgebiet im Nordquartier und eine klare Rechtsregelung. Dass kann doch nicht einfach als Negativismus abgetan werden. Zum Votum von Sigisbert Lutz: Qualitatives Wachstum kann unter der Voraussetzung unterstützt werden, dass nicht gleichzeitig im Versteckten auch die Ausstellungshalle aufgestockt wird.

*Guy Emmenegger* (FDP) entgegnet Peter Gasser, dass er genau wie Stadtrat Hofmann das Recht hat, seine Auffassung zu vertreten. Es ist unfair, Andersdenkenden dann gleich unlautere Motive zu unterbreiten. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass bei solchen Messeplätzen auch die Interessen der dort beschäftigten Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind.

*Andreas Hofmann* (SP) ist von den Antworten auf seine Interpellationen nicht befriedigt.